

Demokratie und Medien

Die Rolle der „vierten Gewalt“ in unserem Land befindet sich in einer Umbruchphase. Dies liegt zum einen an der Digitalisierung unseres Lebens und insbesondere der Medien, die neue Akteure aufkommen lässt, als auch an veränderten bzw. gleichbleibenden Strukturen in der Medienlandschaft. Im Privatfernsehen und Verlagsbereich dominieren immer stärker internationale Medienkonzerne auch die deutsche Landschaft, das Bild des Verlegers in der Region hat Seltenheitswert erreicht. Auf der anderen Seite existieren öffentliche-rechtliche Rundfunkanstalten die weiterhin stark von parteipolitischen und parteitaktischen Überlegungen geprägt und gesteuert sind. Prominentes Beispiel die öffentliche Debatte über die Zukunft des ZDF-Chefredakteurs oder der Wechsel vom Regierungssprecher zum Intendanten.

Wir Grüne stehen für eine vielseitige und unabhängige Medienlandschaft in unserem Land, inkl. starker öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten. Für beides gilt es aber zu kämpfen. Trotz Bedenken in den 80er-Jahren, haben wir uns mittlerweile mit dem Privatrundfunk arrangiert, wir sind aber weiterhin die größten politischen Kritiker an den Inhalten dieser Anstalten.

Nicht durchsetzen konnten wir uns mit dem Ziel die Strukturen der öffentlich-rechtlichen Anstalten aufzubrechen, zu demokratisieren und die Parteipolitik rauszudrängen. Auch aus diesem Grund ist die aktuelle Entwicklung mit Normenkontrollverfahren gegen den ZDF-Staatsvertrag zu begrüßen. Wir wollen einen unabhängigen Rundfunk und keinen Schwarz- oder Rot-Funk. Dieses System ist aber weiterhin die Abbildung unserer bundesrepublikanischen Vergangenheit mit früher existierenden Volksparteien, alles wird zwischen CDU/CSU und SPD in diesem Bereich aufgeteilt. Angebliche VertreterInnen von gesellschaftlichen Institutionen werden auch vor Ort von den Parteien mit ausgesucht. Hier kämpfen wir für ein Ende der Exekutive in den Aufsichtsgremien, weniger Einflussnahme aus politischen Gremien und eine Umstrukturierung der Anstalten.

Meinungsvielfalt ist durch das Internet gewachsen. Medien sind heutzutage auch Blogs, Foren, Enthüllungsplattformen oder Video-Plattformen. Doch auch das Internet bietet nicht nur neue technische und individuelle Möglichkeiten, sondern muss auch medienpolitisch betrachtet werden. Transparenz gilt auch im Internet. Demokratische Kontrolle ist in einem globalen Medium nicht einfacher, aber umso notwendiger. Gerade staatliche Propaganda kann schneller und subtiler global verbreitet werden. Darum ist die Unabhängigkeit des Internets als Voraussetzung für den demokratischen Rahmen der Ausgestaltung so elementar, sei es der Kampf vor zunehmender staatlicher Kontrolle als auch immer stärkere Eingriffe von Seiten einzelner Unternehmen. Deshalb ist die Debatte um Netzneutralität auch unter diesem Gesichtspunkt so wichtig.

Doch auch die Presse- und Meinungsfreiheit sind elementar für unsere Demokratie. Informantenschutz, Vertraulichkeit der Kommunikation oder Schutz vor staatlicher Verfolgung sind Grundlage einer unabhängigen Presse. Hier gilt es die Fortentwicklung aufs Internetzeitalter voranzutreiben und die Debatte zu internationalisieren. Pressefreiheit muss weltweit gelten.

Sechs kritische Beispiele im Bereich Medien und Demokratie:

- Rechtsausschuss-Vorsitzender Kauder fordert eine Beschränkung der Medien bei

der Berichterstattung über mögliche Terroranschläge

- Lokalzeitungen sterben extrem schnell aus, teilweise dominieren einzelne Medienhäuser ein gesamtes Bundesland. Rechtsextreme treten gleichzeitig immer häufiger als Zeitungsverleger vor Ort auf, um somit ihr Gedankengut unter dem Mantel der Seriosität von Zeitungen unter das Volk zu bringen.
- Die Diskussion um Wikileaks treibt die Debatte voran, was darf im Internet gemacht und veröffentlicht werden? Es kommt die Forderung nach einem Verbot auf. In manchen Ländern wird der Zugang zu Wikileaks gesperrt.
- Ein Regierungssprecher wechselt aus seinem Amt an die Führungsspitze des drittgrößten öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders.
- Das Bundeskriminalamt veranstaltet gemeinsam mit dem Bundesinnenminister eine Pressekonferenz, an der nur ausgewählte JournalistInnen teilnehmen dürfen.
- Bei „Tatort Internet“ wird Strafverfolgung oder Aufklärungsarbeit als Reality-Show Format verkauft.

Herausforderungen für demokratische Medien. Mögliche Kontroversen:

- Öffentlichkeit gewährleisten durch Zugang und Teilhabe. Ist ein freies Internet und der Zugang zu diesem heutzutage ein Grundrecht das jeder und jedem zugestanden werden muss?
- Würden wir selber auf unsere Einflussmöglichkeiten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk verzichten um eine stärkere politikferne zu gewährleisten, oder sollten parteipolitische VertreterInnen weiterhin entsandt werden können?
- Ist uns ein in Deutschland ansässiger Verleger lieber als der Verkauf von Medienunternehmen oder Hedgefonds und wären wir dabei auch zu Zugeständnissen was Medienkonzentrationsfragen angeht bereit?
- Ist eine staatliche Förderung privater Zeitungs-, Fernseh- und Radioinhalte eine Option für uns, um Meinungsvielfalt vor Ort zu gewährleisten?
- Medien leben auch von Anonymität, ähnlich wie der Schriftsteller der unter Pseudonym herausgibt, finden brisante Informationen durch anonyme Verbreitung ihren Weg in die Öffentlichkeit. Treten wir Grüne für ein Recht auf Anonymität ein?

BündnispartnerInnen:

- Reporter ohne Grenzen
- DJV und DJU
- Bürgerrechts- und Anwaltsorganisationen (HU, RAV, DAV)
-